

# Chemnitzer Manifest

**„Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit wacht ein Arbeitsloser auf und glaubt, er ist nicht mehr in Deutschland.“ (Klaus WieseHügel, Vorsitzender der IG BAU)**

Wohin treibt die Regierung Schröder – in Zusammenarbeit mit den Unternehmerparteien und unter der Fuchtel der EU-Kommission – die Bundesrepublik? Die verheerenden Auswirkungen der Agenda und gesamten Regierungspolitik treffen alle ArbeitnehmerInnen und ihre Familien und besonders brutal im Osten Deutschlands. Sie können ihr Land nicht wieder erkennen.

14 Jahre nach dem Sturz der SED-Bürokratie und der Mauer durch die revolutionäre Erhebung von uns ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen müssen wir entsetzt feststellen: Diese Entwicklung haben wir nicht gewollt.

Wir haben 1.500 Unterzeichner unter den Aufruf für die Vorbereitung einer bundesweiten Konferenz Ende Oktober in Berlin gewonnen, um die zentrale Frage:

„Wie kann Deutschland wirklich vereint werden?“

Wer sieht nicht die Gefahr, dass nach unserer Verwandlung in ein Volk von Arbeitslosen und BürgerInnen 2. Klasse, und gestützt auf dieses Beispiel besonders im Zuge der Osterweiterung der EU heute ganz Deutschland in den sozialen und politischen Verfall getrieben wird? Das kann niemand wollen. Das ist nicht das, wofür die ArbeitnehmerInnen mit ihren Gewerkschaften und mit der SPD gemeinsam im vereinten Deutschland gekämpft haben, und wofür sie der SPD vor gut einem Jahr die Regierungsmehrheit gegeben haben.

Wir ArbeitnehmerInnen, Gewerkschafter und Sozialdemokraten wollen diese Entwicklung nicht einfach hinnehmen. Im Oktober haben wir einen Offenen Brief an den SPD-Parteitag dagegen geschrieben und an die Parteitagsdelegierten, SPD-Verantwortlichen und –Mitglieder appelliert:

**„Es ist höchste Zeit, für einen Kurswechsel einzutreten, einen Kurswechsel zu unseren sozialdemokratischen Grundwerten.“**

Einige SPD-Bundestagsabgeordnete haben im Bundestag gegen die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung gestimmt. Delegierte des SPD-Parteitags und SPD-Mitglieder reagieren entsetzt, 10.000e verlassen die Partei, und in allen letzten Wahlen stürzt die SPD von einer Wahlkatastrophe in die nächste, verweigern ganze Arbeitnehmerschichten ihr die Stimme, während v.a. Metallbetriebe streiken und Hunderttausende ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen,

und zuletzt die StudentInnen demonstrieren.

Aber wie aus einem Mund tönen die Regierung Schröder, Unternehmerverbände und Europäische Union, dass die Agenda 2010 nur ein Anfang ist und noch beschleunigter einschneidende Maßnahmen getroffen werden müssen.

Angesichts dieser bedrohlichen Entwicklung wenden wir uns an alle ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen:

**Diskutiert die ersten Elemente für ein Manifest des Widerstandes, die wir euch zur Unterzeichnung vorlegen, und lasst uns gemeinsam eine Konferenz für den dringend verlangten politischen Richtungswechsel zu wirklicher sozialdemokratischer Politik, für die Verteidigung und Wiederherstellung unserer sozialen und demokratischen Lebensgrundlagen, für ein wirklich, sozial vereintes Deutschland, vorbereiten!**

## **Wie die wirkliche deutsche Einheit erreichen?**

Die Privatisierung nach 1989 hat die Hälfte unserer ca. 10 Millionen Arbeitsplätze in Ostdeutschland zerstört. 80% der gut 3 Mio. industriellen Arbeitsplätze wurden vernichtet und damit die industrielle Produktionsbasis der Wirtschaft. Das hat ihr das Rückgrat gebrochen. Mit dem Recht auf Arbeit wird den Menschen im Ostteil Deutschlands die Möglichkeit verwehrt, von ihrer eigenen Arbeit zu leben.

Dem Kampf für die Ost-West-Angleichung, für gleichen Lohn und Tarifvertrag, gleiche demokratische und soziale Errungenschaften und Arbeitnehmerrechte, trat zunehmend das EU-Diktat der Deregulierung und Privatisierung, der Senkung der „Kosten der Arbeit“ und sog. Lohnnebenkosten, entgegen.

Der Osten wurde „gekippt“ und zu einer „Sonderwirtschaftszone“, zu einer weitgehend deregulierten „Niedriglohnzone“ degradiert. Die Arbeitnehmerrechte, Gewerkschaftsrechte, Tarifverträge und sozialen Rechte werden aufgebrochen, immer mehr ArbeitnehmerInnen in ungesicherte und ungeschützte Arbeitsverhältnisse, in Billigjobs gezwungen. Und das US-Finanzkapital und die EU-Kommission drängen zur Eile. Die Osterweiterung der EU verlangt mehr

und tiefer einschneidende Maßnahmen.

Hatten die Ost-Metallarbeiter nicht absolut recht, als sie im letzten Jahr für die gleiche Arbeitszeit und den gleichen Tarifvertrag wie ihre KollegInnen im Westen streikten und damit für die Verteidigung des einheitlichen Flächentarifvertrags für alle ArbeitnehmerInnen in Deutschland?

Hatte der IG-Metall-Verantwortliche Jürgen Peters nicht völlig recht, wenn er diesen „Kampf für die Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse“ als dringlich geboten betonte, um zu verhindern, dass „die deutsche Einheit zur Einflugschneise für den Raubtierkapitalismus wird“? Mussten wir nicht alle die Erfahrung machen, dass der erzwungene Streikabbruch sowie die weiterhin existierende und sich noch vertiefende soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit als Hebel für die wilden Angriffe auf Lohn und Arbeitszeit, auf den Flächentarifvertrag und die Tarifautonomie und auf die Gewerkschaften in ganz Deutschland genutzt wurden?

Sollen wir schließlich weiterhin hinnehmen, dass uns die letzten Errungenschaften, die im Osten mit dem gesellschaftlichen Eigentum verbunden waren und die Bürokratenherrschaft der SED überlebten, geraubt werden? Dass unter dem Diktat der EU-Politik der Ruinierung der öffentlichen Haushalte unsere Städte und Gemeinden, ganze Regionen veröden?

Dass Postämter und Eisenbahnlinien verschwinden, die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, Kita und Horte, kommunaler Wohnungsbestand, kulturelle, soziale, Sport- und Jugendeinrichtungen, dass Krankenhäuser, öffentlicher Nahverkehr, Wasser- und Stromversorgung, privatisiert, geschlossen, abgebaut oder unbezahlbar gemacht werden?

Dass das Recht auf kostenlose öffentliche Schulbildung und Studium zusehends eingeschränkt wird und z.B. der Berliner Senat über 50.000 StudentInnen ihren Studienplatz, 1/3 der Professorenstellen und ganze Fachbereiche wegsparen will?

Nein, das ist nicht das Deutschland, das wir mit der Wiedervereinigung wollten.

Jahr für Jahr steigt inzwischen wieder die Anzahl v.a. von jungen Menschen – 2,4 Millionen seit 1989 –, die sich gezwungen sehen, den östlichen Teil Deutschlands in Richtung Westen zu verlassen, auf der Suche nach einem Arbeits- und Ausbildungsplatz, nach würdigen Arbeits- und Lebensbedingungen.

Gibt es einen Ausweg, eine Lösung?

Ist es nicht notwendig, die noch existierenden Errungenschaften mit aller Kraft zu verteidigen bzw. sie wieder herzustellen? Brauchen wir das nicht als Basisstützpunkte für einen neuen Anlauf im Kampf

für die sofortige Ost-West-Angleichung des Lohns und Tarifvertrags, aller sozialen und demokratischen Errungenschaften, damit auf dieser Grundlage die deutsche Einheit verwirklicht werden kann?

## **Wohin treiben EU und Regierung Schröder das Land?**

Die Regierung Schröder hat mit ihrem „radikalen Kurswechsel“, der Unterwerfung unter das Diktat der internationalen Finanzmärkte und der EU-Kommission, ebenso radikal mit dem demokratischen Wählerauftrag der Arbeitnehmermehrheit gebrochen, wie mit der Tradition sozialdemokratischer Politik, der gemeinsamen Tradition von SPD und Gewerkschaften.

Im Namen von „mehr Beschäftigung und Wachstum“ demontiert die Regierung den Sozialstaat, die Arbeitnehmerrechte, Lohn und Tarifverträge, während die 12-20%ige Mindestrendite durch Milliarden-Steuer geschenke und Senkung der Sozialabgaben, durch die Entfesselung der Spekulation und durch massive Arbeitsplatzvernichtung, Überausbeutung und Lohnsenkung, durch Auslagerung und auch Stilllegung der Produktion gefördert wird.

Knapp 400.000 Arbeitsplätze wurden im Jahr 2003 vernichtet. Im Rahmen der EU-Osterweiterung mehren sich Lohnkürzungen, Arbeitsplatzvernichtung und Auslagerung der Produktionsbetriebe, aber auch der privatisierten/zur privatisierenden Betriebe der kommunalen Daseinsvorsorge und im Dienstleistungsbereich.

„Die Amerikaner stehen vor der Tür“ – damit verweist der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, Breuer, auf die neue Welle der Unterwerfung und des Ausverkaufs der Industrie, der Banken, auch der zu privatisierenden Landesbanken und Sparkassen, und der Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge, unter und an das internationale und v.a. US-Finanzkapital.

Ist dieser von der EU diktierte „Strukturwandel“, die Zerstörung v.a. der Industrie und produktiven Arbeitsplätze, unausweichlich? Soll es also unausweichlich sein, dass mit der Zerstörung der industriellen Kraft der gesamten deutschen Wirtschaft das Rückgrat gebrochen wird, dass die damit verbundenen Errungenschaften und die Existenz selbst der industriellen Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften dem Untergang geweiht und den Errungenschaften der gesellschaftlichen Zivilisation der Boden entzogen wird?

Erneut stellen wir die Frage: Ist es nicht notwendig, dass die Regierung Entlassungen und die Zerstörung

produktiver Arbeitsplätze verbietet? Dass die in die Spekulation geflüchteten gigantischen Kapitalmassen zur Investition in der Produktion zurückgeführt werden?

## Wie ist es möglich?

Wie ist es möglich, dass eine SPD-geführte Regierung mit ihrer Agenda 2010 die sozialen Sicherungssysteme, die Säulen des Sozialstaates zerbricht?

- Dass ein Arbeitnehmer nach 30 Jahren Arbeit und 1 Jahr Arbeitslosigkeit sich seiner sozialen Rechte und des erworbenen und garantierten Wertes seiner Arbeitskraft beraubt sieht? Dass er auf ein Arbeitslosengeld II, auf Armutsniveau, hinabgestoßen wird, oder zu allen Arten entrechteter und ungeschützter Billigjobs gezwungen werden kann?
- Dass die Regierungsagenda die Schar der 2,8 Mio SozialhilfeempfängerInnen auf 4,5 Mio anschwellen lässt, darunter 1,5 Mio Kinder?
- Dass durch die Aushebelung des Kündigungsschutzes für 5,3 Mio ArbeitnehmerInnen, durch den Zwang zu Billigjobs, durch die Vermehrung von Minijobs und Leiharbeit, ein riesiger „Niedriglohnsektor“, ein Millionenheer von modernen Lohnsklaven/-innen geschaffen wird, was das Tarifvertragssystem und das Arbeitsrecht zum Absturz bringen soll und muss?

Ist es nicht eine Schande,

- wenn durch die verschiedensten Maßnahmen RentnerInnen in Altersarmut getrieben werden, über 1 Mio sich nur mit einem Nebenjob über Wasser halten können und das solidarische und umlagefinanzierte gesetzliche Rentensystem Schritt für Schritt demontiert und privatisiert wird?
- Und wenn in östlichen Regionen der neuen Bundesländer die ärztliche Versorgung nicht mehr gewährleistet werden kann und alle Kranken durch immer höhere private „Eigenleistungen“ immer brutaler für Krankheit bestraft werden?

Auch zu dieser von der EU vorgegebenen Politik der „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“ und des „Umbaus der Sozialsysteme“ soll es keine Alternative geben?

Wer aber will diesen angeblich unvermeidlichen Marsch in den sozialen Niedergang hinnehmen? Deshalb fragen wir erneut, ob es nicht notwendig ist, mit den EU-Vorgaben und –Richtlinien zu brechen, die Agenda-Maßnahmen wieder aufzuheben und unsere großen Errungenschaften, die sozialen

Sicherungssysteme, zu verteidigen und wieder herzustellen?

Wie kann es sein, dass

die Regierung Schröder im Namen der SPD und gestützt auf Beispiele im Osten Deutschlands die Gewerkschaften unter Druck setzt, „freiwillig“ auf Lohnforderungen und tarifliche Errungenschaften, auf freie Tarifverhandlungen und Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen und auf Streik zu verzichten? Dass die Gewerkschaften „freiwillig“ und selber mit „tarifvertraglichen Öffnungsklauseln“ den Flächentarifvertrag aufbrechen und damit die Tarifautonomie und ihre eigene Existenz als unabhängige Arbeitnehmerorganisationen in Frage stellen sollen?

Brauchen wir nicht dagegen dringlich die Angleichung der Tarifverträge Ost an West, und die Wiederherstellung der einheitlichen Flächentarifverträge für alle ArbeitnehmerInnen in Deutschland durch die Erklärung ihrer absoluten Allgemeinverbindlichkeit?

Sollen wir uns der EU-Politik der skandalösen Steuerumverteilung beugen, die das große Kapital und Vermögen um immer neue Milliarden bereichert, die breite Arbeitnehmerschaft aber bluten lässt und die öffentlichen Haushalte ruiniert?

Die den öffentlichen Dienst und die Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge und Selbstverwaltung unter Wettbewerb zwingt, privatisiert und einfach platt macht?

Gibt es einen anderen Weg, als die Privatisierung zu stoppen und die sozialen und demokratischen Errungenschaften des öffentlichen Dienstes und der öffentlichen Daseinsvorsorge und kommunalen Demokratie zu verteidigen und wieder herzustellen?

## Historische Wende

Die eingesetzte „Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung“ der Bundesrepublik Deutschland soll „das Grundgesetz europatauglich“ machen und umgestalten. Sollen damit die vom Grundgesetz definierten Grundlagen der staatlichen Ordnung: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ aufgegeben werden zugunsten des von der EU proklamierten „konkurrierenden Wettbewerbsföderalismus“ der Regionen“?

Ganz im Sinne der schon existierenden Sonderwirtschaftszone Ost und ihrer deregulierten Ostregionen würde damit der Zerfall der sozialen, politischen und rechtlichen Einheit der Republik bis zu Ende getrieben werden. Es droht die Zersetzung der gesamten nach 1945 und '89 erkämpften und aufge-

bauten sozialen und demokratischen Verhältnisse, der gerade erst errungenen nationalen Einheit.

Wer versteht nicht die Gefahr, die heute allen droht?

Ist es nicht dringlich geboten, das Ruder herumzuwerfen? Den sozialen Zerfall des Landes abzuwehren und die wirkliche Einheit Deutschlands auf der Grundlage der völligen sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit in Ost und West zu verwirklichen?

Das ganze Land steht an einem historischen Scheideweg. Mit ihm die SPD und Gewerkschaften.

Die Politik der Zerstörung der sozialen und demokratischen Errungenschaften der ArbeitnehmerInnen, die diese mit ihren Gewerkschaften und mit der SPD erkämpft haben und in die die Errungenschaften im Osten, die mit dem gesellschaftlichen Eigentum verbunden waren, integriert wurden, bedroht die SPD und die Gewerkschaften, die gewerkschaftlichen und politischen Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen, in ihrer Existenz. Was auch die Demokratie in Frage stellt.

Es ist höchste Zeit. Diese Politik muss gestoppt werden.

In dieser Situation haben wir die Frage diskutiert, ob es nicht zu spät ist, ob es gar vergeblich sei, dagegen zu handeln, und wir antworten: Nein!

Die großen gesellschaftlichen Kräfte für den sozialen Widerstand existieren, in den Betrieben und Büros, in Schulen und Universitäten, in den Gewerkschaften und der SPD. Wir erleben sie gewiss in Demonstrationen und Streiks, aber auch im täglichen Widerstand am Arbeitsplatz, in den Organisationen. Aber es fehlt ihre Vereinigung für das gemeinsame Ziel.

Ist es nicht an der Zeit, diese Kräfte zusammenzufassen für die grundsätzliche und immer neue Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie: die Einheit der Arbeitnehmerschaft

für die soziale Gerechtigkeit, für die Verteidigung und Vertretung ihrer Rechte und Interessen auf der Grundlage der gleichen Errungenschaften und Rechte für alle ArbeitnehmerInnen heute im vereinten Deutschland.

### **Was können wir tun?**

Was können wir tun, damit unsere wirklich enorme Kraft nicht zum Schweigen verurteilt bleibt und wird, dass sie sich nicht in der Vereinzelung auflöst? Wie können wir dazu beitragen, dass sich diese politische Kraft im Ringen für einen wirklichen Richtungswechsel der SPD in der Regierung entfalten kann?

Ein Einzelner kann darauf keine Antwort geben. Verbinden und vereinigen wir uns.

Es wird höchste Zeit, dass die SPD sich auf ihre 140-jährige Geschichte des Kampfes für die Arbeitnehmerinteressen, für Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden zurück besinnt.

Es ist höchste Zeit, für einen Kurswechsel einzutreten, einen Kurswechsel zu den sozialdemokratischen Grundwerten, für eine wirkliche sozialdemokratische Politik.

Das sind die ersten Elemente einer Diskussion, die wir unter ArbeitnehmerInnen. SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen geführt haben. Wir laden alle ein, diesen Vorschlag eines Chemnitzer Manifestes zu unterzeichnen, darüber zu diskutieren und ihre Meinung einzubringen.

Wir schlagen vor, überall in unseren Bundesländern und Städten dazu Diskussionsversammlungen durchzuführen. Und auf diese Weise gemeinsam eine bundesweite Konferenz vorzubereiten, die für Ende März in Halle vorgeschlagen wurde.

Auf ihr soll das Manifest für den politischen Richtungswechsel verabschiedet werden.

***O Ich unterstütze den Vorschlag für das »Chemnitzer Manifest«  
und bin mit der Veröffentlichung meines Namens einverstanden***

Name: .....

Adresse: .....

Fax/E-Mail: .....

Organisation/Funktion: ..... Spende: ..... Euro

**Kontaktadressen:** Gaby Hahn, Chemnitz, Fax: 0371-401 69 81 • E-Mail: gaby.hahn@gmx.net

Karlheinz Gerhold, Halle/S., Fax: 0345-388 00 12 • E-Mail: KHGerhold@aol.com

Klaus Schüller, Thüringen • E-Mail: klaus-schueller@gmx.de

Lothar Hesse, Wismar, Fax 03841-7242-70

Bodo Fast, Brandenburg • E-Mail: BFast989@aol.com

Redaktion Soziale Politik & Demokratie, Berlin, Fax 030-3131662

• E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie@t-online.de • Konto-Nr.: C. Boulboullé,

Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00) Nr. 5629 455 002; Kennwort: Chemnitzer Manifest